

Städtische Bekanntmachungen.

Kohlenversorgung. Bismarckswerda: Kohlenarten Nr. 1-300 bei Gnaud.
Preise: 1/2 Pfund auf Nr. 677-1425 Donnerstags den 18. März, nachm. von 2-4 Uhr bei Tiffe.

Die bis zum 14. Januar auf den allen Bordrücken ausgestellten **Schulbücherpreise**, welche bis zum 31. Januar 1919 nicht befreit worden sind, werden nur noch in der Zeit vom 18.-16. März zur Umschreibung im Stadtbauamt angenommen.

Bismarckswerda, am 11. März 1919.
Der Rat der Stadt.

von Bessings Nathan. Eine Übergangszeit ist jedoch notwendig.

Abg. Mausbach (Zentr.) Wir haben ein tiefstes Bild von den Missgriffen einzelner Gläubiger erhalten und wollen, daß der Religionsunterricht unter Aufsicht der Kirche ein Teil des Lehrplanes der Volksschule sei. Das Reich ist allerdings nicht zuständig. Aber eine freundschaftliche Einwirkung wäre notwendig. Adolph Hoffmann würde Deutschland durch seine Erlasse dem vollen Übergang entgegengeführt haben. Gesichtspunkte des inneren und äußeren Friedens mahnen uns in der Kirchen- und Schulfrage zu großer Vorsicht.

Abg. Weiß (Demotr.) Die Regierung hat recht, wenn sie sich für unzuständig erklärt. Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne lösen. Wegen der Mängel des Religionsunterrichtes, die ich durchaus nicht bestreite, soll man ihn aber nicht aus der Schule herausnehmen, sondern an seiner Reform arbeiten. Ohne religiöse Kenntnisse und Erlebnisse dürfen wir unsere Jugend nicht lassen. Gerade der Gedanke der Einheitschule würde sehr darunter leiden, wenn die religiöse Privatschule wie Eltern nötigte, ihre Kinder in religiöse Privatschulen zu schicken. Möge ein festes, männliches, freigesinntes aber auch fromm empfindendes Geschlecht errogen werden, welches das Erforschbare erforscht und das Unerforschbare ruhen läßt. (Beifall bei den Demokraten, rechts und im Zentrum.)

Abg. Köhler (Deutschnat.) Die Erklärung der Regierung war für uns in keiner Weise genügend. Wir fordern die christliche Volksschule und den christlichen Unterricht. Man soll den Religionsunterricht auch nicht den kirchlichen Gesellschaften und nicht dem Hause nehmen. Versuchen Sie nur hineinzudringen in die Tiefen des Volkstums, und Sie werden spüren, daß die Religion für weite Volkskreise noch immer das Heiligste und teuerste ist, das anzufassen niemand sich unterfangen sollte. Wenn wir herauskommen wollen aus dem furchtbaren Zustand dieser Zeit, aus dem Blutstumpfen, in dem wir waten, so kann das nur geschehen von innen heraus, durch innere Werte, vor allem durch die Religion. Schön wäre es, wenn in der Reichsverfassung die Sicherungen für Kirche und christliche Schule, für Religion und Christentum niedergelegt werden könnten und wenn die Regierung für diese Fragen ein größeres Interesse und zwar ein wohlwollendes finden könnte.

Abg. Kunkel (D. Sp.) Die Religion darf nicht zu einer Parteiache herabsinken. Sie ist das größte und heiligste Volksgut, das es gibt. Der Religionsunterricht sollte an erster Stelle in der Volksschule stehen. Wir wollen Gewissensfreiheit für den Lehrer und das Kind, sowie Freiheit der Schule von der geistlichen Aufsicht. Ein Entsetzen packt uns alle über die heutige Verrohung. Aber wir haben die Sittlichkeit nicht durch Parlamentsbeschlüsse und Kommandobefehle, sondern nur durch eine religiöse Erziehung.

Ministerpräsident Scheidemann: Wir waren für heute Vormittag auf die Fortsetzung der Sozialisierungsdebatte eingerichtet. Daher kommt es, daß der Minister des Innern nicht zur Stelle war. Wir haben nicht die geringste Absicht gehabt, etwa Obstruktion zu machen. Wenn Sie damit einverstanden sind, daß diese Fragen zur Zuständigkeit der Reichsregierung gehören sollen, dann finden Sie meine volle Zustimmung.

Abg. Frau Joch (Unabh.) Die Revolution hat kraft eigenen Rechtes in einzelnen Bundesstaaten die Verweltlichung der Schule durchgeführt. Wir verlangen die Einheitschule, die eine weltliche Arbeitsschule sein soll. Wir stellen der Religion die große herrliche Weltanschauung des Sozialismus entgegen. Wir denken nicht daran, damit irgend einen Gewissenszwang auszuüben oder die Gewissensfreiheit antasten zu wollen. Wollen die Eltern ihren Kindern Religionsunterricht geben lassen, so kann das außerhalb der Schule geschehen.

Nächste Sitzung Mittwoch nachmittags 2 Uhr. Sozialisierungsgesetz. Kohlenwirtschaftsgesetz.

Die **Abg. Wehlich, Dr. Köhler und Schütz (Bromberg)** richten folgende Anfrage an die Regierung: Nach Mittelungen des Sachverständigenausschusses der Angehörigen der deutschen Schwarmer-Gruppe und glaubwürdigen anderen Mitteilungen sámachten im Gefängnis in Jelfawetgrad die Offiziere des Landsturm-Infanterieregiments 9, darunter Oberleutnant v. Langenthal, Hauptmann v. Langenthal und Leutnant Bothe. Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt und was gedenkt sie zu deren unverzüglichen Freilassung zu tun?

Die Zusammenkunft in Brüssel.

Berlin, 12. März. (Von unserem Berliner Vertreter.) Von maßgebender Seite wird mir mitgeteilt, daß man in Brüssel, nachdem Deutschland die Annahme der Bedingungen der Entente in Spa abgelehnt hat, ein Entgegenkommen der Entente erwartet. Und zwar glaubt man, daß die Mittelungen, die der deutschen Kommission als „Entscheidungen der Alliierten“ gemacht werden sollen, eine weitgehendere Zugabe der Alliierten bringen werden. Ob freilich in dem Maße, wie Deutschland es verlangt, ein Austausch der Lebensmittel mit dem deutschen Schiffsraum Tonne gegen Tonne zugestanden werden wird, ist sehr fraglich. Soweit wird sich die Entente nicht gleich erniedrigen. Sie wird vielmehr versuchen, durch geringeres Entgegenkommen ihr Ziel zu erreichen. Wahrscheinlich ist auch, daß sie die Finanzfrage voranstellt und uns nachweist, daß wir die Lebensmittel gar nicht zu bezahlen im Stande seien, also Kredit erhalten müßten, was wir nur dann verdienen, wenn wir uns hübsch fügen. Da unsere Austauschwerte: Farbstoffe, Kaffee und Kohlen durch den

Streik gänzlich verschwunden sind und nicht sofort in die Wege geworfen werden können, erhält die Entente, wenn sie die Dinge so dreht, wieder die Oberhand. Doch verliert man nicht die Hoffnung, daß Deutschland auch jetzt in Brüssel an seinen Bedingungen so weit wie möglich festhalten wird, wenn wir auch nicht sofort in einen Austausch von Lebensmitteln gegen Kaffee, Kaffee und Farbstoffen eintraten können. An maßgebender Stelle hofft man aber, daß eine Zusicherung, daß uns bestimmte Nahrungsmittelmengen geliefert werden, genügen würde. Wir können in knapper Frist die Gegenwerte schaffen, um dann ungehemmt den Austausch vornehmen zu können. Man ist, wie bei allen Verhandlungen, die die Entente angeht, auch diesmal wenig optimistisch geformt und auf Überraschungen gefaßt.

Nachgiebigkeit der Entente?

Stockholm, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) In holländischen politischen Kreisen vertritt man die Auffassung, daß sich in der letzten Zeit eine auffällige Nachgiebigkeit der Entente zeige. Man habe, äußert sich eine angesehenere politische Persönlichkeit einem Vertreter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ gegenüber, den Eindruck, als ob die Entente den Weg suche, der zum Frieden führt, ohne daß sie die Entente mit ihren bisherigen Forderungen dasapouiert. Sie werde, wenn Deutschland standhaft bleibe, soweit nachgeben, als es sich mit ihrer bisherigen Haltung verträgt. Wäufiger der Einfluß Wilsons und die Nachgiebigkeit Frankreichs spreche hierbei mit, sondern es sei wohl vor allem die beschwerliche Gefahr, die namentlich England erträgt zu haben, die die Entente einen schnellen Frieden nahelegt. Wenn Deutschland Diplomaten besitz, sagt der Holländer, die die Sprache verstehen, wird Deutschland einen annehmbaren Frieden erhalten.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Stockholm, 12. März. (B. L. S.) Laut Stockholmer Tidningen erklärte der amerikanische Gesandte Morris auf einem Bankett, er habe im Auftrage Hoover's mit dem schwedischen Roten Kreuz über dessen Mitwirkung bei der Verteilung von Lebensmitteln in Deutschland verhandelt, wo es vor allem an Weizen und bedürftige Lebensmittel verleihe. Der ganze Plan sei bis auf einige technische Einzelheiten fertig, über die man sich aber in wenigen Tagen wohl einigen werde. Daraufhin würden die Lebensmittelverteilungen hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten beginnen können.

Posttrennung deutscher Gebiete im Osten.

Paris, 11. März. (Reuter.) B. L. S. Der Friedensrat verhandelte die Frage der deutschen Grenzen. Es besteht Grund zur Annahme, daß der Rat der Forderung Polens, nach Aushändigung von Danzig-Neufahrwasser und des Landstreifens längs des Weichselufers, der die neuen politischen Häfen mit Polen verbindet, stattgeben wird.

Frankreichs Not mit Elsaß-Lothringen.

Jülich, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) Wie dem „Tamps“ zu entnehmen ist, nimmt die Bewegung im besetzten früheren deutschen Reichsland immer größeren Umfang an. Die eine eigene Verwaltung und keine Abhängigkeit von Paris fordert. An der Spitze dieser Bewegung steht die Handelskammer in Reg.

Die Leiden der deutschen Kriegsgefangenen

Berlin, 11. März. (B. L. S.) Den deutschen Behörden sind erschütternde Nachrichten über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Belgien zugegangen. In Kantzen befindet sich ein Lager, in dem die Kriegsgefangenen sich auf einem größtenteils mit diesem Schmutz bedeckten Hofe aufhalten müssen. Mißhandlungen durch die Wachmannschaften sind überaus häufig. In Dirmuiden und Rieuport haufen die Kriegsgefangenen in Löchern zwischen Schutt und Wasser. Sie erhalten nur 150 Gramm Brot, zwei Becher Kaffee und dünne Suppen. Vielesch haben sie weder Stiefel, noch Mäntel und Mützen. Arrest wird in nassen Unterständen verbüßt. Ausreißer werden während der Arresttage täglich an einen Baum gebunden. In Cosshende müssen entflozene Kriegsgefangene die ersten Nächte noch im Arrestlokal verbringen. Bezeichnend für die Bestimmung der belgischen Wachmannschaften ist die Erklärung, höchstens die Hälfte der Gefangenen dürfe die Heimat wiedersehen. Die deutsche Regierung hat bei der belgischen Regierung schärfstens protestiert und Abhilfe gefordert.

Berlin, 11. März. (Priv.-Tel.) Ein aus Paris zurückgekehrter Holländer hat von seiner Reise folgende Eindrücke mitgebracht: Bei der Durchreise durch das vom Kriege verwüstete Gebiet wurden Gruppen von Kriegsgefangenen gesehen, die unter Aufsicht von mit einer Peitsche bewaffneten Franzosen arbeiteten. Es wurde beobachtet, wie diese mit der Peitsche nach links und rechts auf die Gefangenen einschlugen. Auch der amerikanische Pressevertreter, die in demselben Abteil mitreisten, bemächtigte sich bei diesem Anblick große Empörung.

Die Lage in Berlin.

Berlin, 11. März. (B. L. S.) Die Truppen sind damit beschäftigt, das gestern beschriebene Gebiet zu sichern, von paratistischen Banden zu säubern und nach Waffen abzufischen. Die Durchsuchungen führen immer wieder zur Freistellung und Fortnahme kleinerer und größerer Waffenslager. Nach den jetzt vorliegenden Meldungen wurden bei der Erstürmung des Volksmarinebaues erbeutet 2 Feldgeschütze, 126 Maschinengewehre, über 4000 Gewehre, mehrere hundert Revolver, außerdem gewaltige Vorräte an Lebensmitteln, Wolldecken und sonstigen unterirdischen Heeresgut.

Berlin, 11. März. (Privat.) Die Spartakisten räumen seit heute morgen die Lichtenberger Stellung. Sie haben eingesehen, daß sie sich zwischen zwei Feuern befinden und nicht die geringste Aussicht haben, den Kampf mit Erfolg weiter zu führen. Sie haben in den dortigen Baracken Maschinengewehre und Handgranaten liegen lassen, zum Teil auch Gewehre und versuchen jetzt, in westlicher Richtung zu entkommen. Infolge dessen ist an der Oberbaumbrücke eine Sperre eingerichtet worden, an der jeder Passant gründlich untersucht wird. Die Truppen rücken

heute normiert in breiter Front zwischen der Lichtenberger und Frankfurter Allee vor und werden im Laufe des Tages jedes Haus sorgfältig auf Waffen durchsucht. Gegenwärtig haben bereits mehrere Bataillone in Lichtenberg, die in zahlreichen Häusern gegen Gewehre und Revolver, die von den Flüchtenden fortgeworfen worden sind. Es ist deshalb sehr schwer, Gefangene zu machen, da die Kämpfer von getrennter Seite wie fliehende Bürger umzingelt und sich aus Lichtenberg entfernen können, ohne daß es möglich ist, jeden einzelnen festzustellen.

Aushebung eines Spartakistenestes.

Berlin, 11. März. (Privat.) Gestern abend wurde in der Brunnenstraße ein Spartakistenest von Regierungstruppen ausgehoben. Es befanden sich dort etwa 30 Personen, die durch ihren Führer, einen Russen, der im Dezember vorigen Jahres die preussische Staatsbürgerchaft erworben hatte, unterwiesen und bewacht worden waren. Jeder erhielt eine Jagdbüchse mit Munition. Die Gewehre wurden auseinandergeklappt, um unauffällig transportiert werden zu können. Zwei Spartakisten feuerten bei ihrer Festnahme mit Revolvern auf die Soldaten und wurden erschossen.

Bis jetzt 1200 Spartakisten verhaftet.

Berlin, 12. März. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung des 8 Uhr-Mitteltages sind bis jetzt gegen 1200 Spartakisten verhaftet und in die Gefängnisse eingeworfen worden. Die meisten von ihnen sind weder jugendlich und unerschrocken, die sich jetzt als paratistische Banden bilden und unerschrocken in die ganz verbotenen Kämpfergruppen lösen wollen.

Neues aus aller Welt.

— **Rein Kabinen der Hochöfen in Mählen.** B. L. S. meldet: Die heutige Meldung über das Ausbleiben der Hochöfen entspricht nicht den Tatsachen und ist folgendermaßen zu berichtigen: Die Erzfabrik der Hochöfenabteilung wünschte eine Auszahlung der Löhne am Montag. Da diese aus verschiedenen Gründen unmöglich war, weigerten sie sich weiter zu arbeiten, so daß das Werk selbst sich genötigt sah, die Hochöfen still zu legen. In der Nacht auf Dienstag arbeitete ein Teil der Arbeiter wieder, so daß der Betrieb heute nachmittag wieder aufgenommen werden konnte.

— **800 000 Mark geraubte Juwelen.** Dienstag mittag wurde in Berlin von Truppen der Gardebataillerie-Schützenbataillon am Frankfurter Tor ein bewaffneter Spartakist festgenommen, in dessen Besitz für 800 000 Mark geraubte Juwelen gefunden wurden. Er wurde sofort standrechtlich erschossen.

— **Generalmajor v. Olow-Boeck,** der Kommandeur der Schutztruppen in Ostafrika, der nach russischer Beteiligung unserer Kolonie mit seiner Mannschaft nach Berlin zurückgekehrt ist, gibt seine Kriegstraumung mit Frau Martha geborene Waltraud bekannt.

Aus Sachsen.

Zwickau, 12. März. Gestern früh sind sämtliche Belegschaften im Kohlenbergwerk Olsch-Lugau in den Streik getreten, im ganzen 14 000 Mann, um auf die Verhandlungen, die zur Zeit mit dem Wirtschaftsminister Schwarz aus Dresden in Zwickau stattfinden, einen Druck auszuüben. Aus unverbürgter Quelle wird den Zwickauer Neuheiten Nachrichten weiter gemeldet, daß mehrere hundert Mann Streikender im Anmarsch auf Zwickau sind, um ihren Forderungen hier Nachdruck zu verleihen.

Planen i. D., 12. März. Die Lage ist jetzt hier als gefährlich anzusehen. Post- und Eisenbahnverkehr sind im vollen Stange. In dem vorwiegend mit Mehrheitssozialisten besetzten Arbeiterrat sind die Unabhängigen als Berater ohne Stimmen zugezogen worden. Auch die Kommunisten haben sich mit der Regelung einverstanden erklärt.

Leipzig, 12. März. Das Leipziger Straßfeld. Der engere Ausschuß des Leipziger A.- und S.-Rates und die Zentralstreikleitung erlassen heute einen Aufruf an die Arbeiter, in dem es heißt, daß die großen Forderungen der Leipziger Arbeiterschaft während des Kampfes proklamiert hat, diesmal nicht erreicht worden seien. Aber sie seien damit nicht gefaselt. Die Räterepublik Deutschland sei das Ziel, zu dem die Arbeiterschaft nach wie vor stehe. — Auch in den Streikversammlungen am Montag wurden vielfach die Erfolge des Streiks als ungenügend und unbefriedigend bezeichnet. Auch wurde die massenhafte Organisation kritisiert. Die bürgerlichen Blätter und die rechtssozialdemokratische Presse erklärt ihn für schamlos zusammengeworchen, denn von den Hauptforderungen, die die Leipziger Gewerkschaften aufgestellt hätten, sei nichts erreicht worden.

Döbeln, 11. März. In ein Geschick der Döbeln-Gewerkschaft lief am Montag nachmittag die fünf Jahre alte Tochter des Straßenbahnführers Grundmann. Sie kam vor den Pferden zu Falle. Da der Geschirrführer dieselbe nicht sofort zum Stehen brachte, wollte das Mädchen zwischen Vorder- und Hinterrad des fahrenden Wagens hindurch, wurde jedoch überfahren und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß es starb.

Aus der Oberlausitz.

Bismarckswerda, 12. März. — **Aber die Verwendung der aus Hauschlachtungen abgelieferten Schweinefleisch** wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß das Schweinefleisch nach und nach in die Bursch verarbeitet wird. Damit die Vorräte möglichst lange Zeit ausreichen, darf zufolge einer Anordnung des Wirtschaftsministeriums der Schweinefleisch zur Bursch nicht mehr als 5 Prozent betragen. Daraus ergibt sich, daß durch diesen äußerst geringen Schweinefleischanteil eine Bursch von der Beschaffenheit, wie wir sie zu Friedenszeiten gehabt haben, durchaus nicht hergestellt werden kann und von dem in der Bursch enthaltenen Schweinefleisch nur wenig zu bemerken ist. Den mehrfach ergangenen Anordnungen, Schweinefleisch an die Verbraucher abzugeben, stehen an sich die gesetzlichen Bestimmungen entgegen, daß Schweinefleisch nur in Form von Bursch an die Verbraucher abgegeben werden darf. Nur wenn die Befugnisse gesicherterweise ist, daß die Güte der Ware keinen Grund, kann eine Verteilung des Schweinefleisches in Erwägung gezogen werden.

die im
für sie
beiden
wurden
einen
reits „
haben
tet wer
Borsig
ren Au
mann
mar de
nig an
seiner
Bursch
verfügt
gestalt
weße
1 Hund
Gefäng
Borsig
tragen
mit, daß
einger
zum 15.
1. April
dieser
behalten
eigenen
Nach die
Tätigkeit
gesetzliche
Berordn
1919, die
ritte des
ist verfi
ausgebe
wo Sold
den, um
Legitima
steht ein
niffe ein
Dienst
gang wo
das, wie
in diesen
G
sollte z
misten
die beipi
ob, wie
zu dem
Turm die
ten die
lichen
Die
Ein kräft
den, wel
wirtschaft
Stellung
in der
Die
zu er
Christ
Oste
lucht für
A. E.
Obern
Säng.
bei guter
handlung
geführt.
Ein
für Dieh
sfort ge
in der
Sp
von Garn
Wagne
Bühnen
Gude f
Auf
11. No
1919